Infobrief Nr. 25/2019 vom 24.06.2019, 18. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

EU-Rechte von Reisenden im Schienenverkehr – Eine Bilanz

„Immer mehr Bahn-Reisende nehmen ihre Rechte wahr“

2,7 Millionen Bahn-Reisende füllten im vergangenen Jahr das Fahrgastrechte-Formular aus. Das waren ein Drittel mehr als noch im Jahr zuvor.

Die Zahlen belegen, dass immer mehr Bahn-Reisende in Deutschland ihre Rechte wahrnehmen, wenn ihr Zug verspätet angekommen oder ausgefallen ist. Die Entschädigung, die die Bahn in einem solchen Fall zahlen muss, geht auf eine EU-Verordnung von 2007 zurück, an deren Ausarbeitung ich maßgeblich beteiligt war. Sie trat 2009 in allen Mitgliedstaaten in Kraft. Anfangs wussten nur wenige Bürger von ihrem Recht, aber mittlerweile hat sich das Blatt gewandelt. Was nicht zuletzt auch daran liegt, dass wir die Verordnung regelmäßig auf den Prüfstand stellen und verbessern – was zum Beispiel die Informationspflichten des Bahn-Unternehmens angeht oder auch die Höhe der Entschädigungen.
Laut Statistik kam 2018 jeder vierte Fernzug der Deutschen Bahn zu spät an. So viel Geld wie im vergangenen Jahr hat das Unternehmen noch nie an seine Passagiere zurückgezahlt: Im Nah- und Fernverkehr waren es insgesamt 53,6 Millionen Euro. Im Vorjahr ließen sich die Bahn-Kunden „nur“ 34,6 Millionen Euro erstatten. Auch wenn das natürlich kein Grund zur Freude ist, bin ich froh, dass die Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend ihrer Rechte bewusst werden und sie auch in Anspruch nehmen. Derzeit gilt: Kommt der Reisende mindestens eine Stunde zu spät, erhält er auf Antrag ein Viertel des Fahrpreises zurück. Ab zwei Stunden ist es die Hälfte. Kunden müssen meist nur einmal das zweiseitige Formular abschicken, auch wenn sie mit mehreren Zugbetreibern unterwegs waren.
Wenn alles nach Plan läuft, können sich künftig geschädigte Bahn-Reisende sogar noch mehr Geld zurückholen. Wir EU-Abgeordneten wollen, dass schon ab einer Stunde die Hälfte des Fahrkartenpreises fällig wird, ab eineinhalb Stunden dann drei Viertel. Bei mehr als zwei Stunden soll der volle Preis erstattet werden. Über die modernisierten Fahrgastrechte wird das Plenum des EU-Parlaments im Oktober oder November abstimmen. Die neue Verordnung soll voraussichtlich ab 2020 gelten.

Aktion „Wo bist du gerade?“ nimmt Fahrunfälle in den Fokus: Etwa jeder sechste Unfall mit Verletzten oder Getöteten in Deutschland ist ein sogenannter Fahrunfall. Dies bedeutet, dass die Person hinterm Steuer die Kontrolle verloren hat ohne dass andere dazu beigetragen haben. Die mögliche Folge: Zusammenstöße mit anderen Verkehrsteilnehmern, Getötete und Verletzte. Warum verlieren Menschen die Kontrolle über ihr Fahrzeug? Mögliche Ursachen sind Ablenkung, psychische Belastungen und Beanspruchungen, Selbstüberschätzung oder Unerfahrenheit im Umgang mit dem Auto, Lkw, Bus oder auch Fahrrad. Genau das thematisiert die gemeinsame Aktion „Wo bist du gerade?“ des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) mit den Unfallkassen und Berufsgenossenschaften. Um Beschäftigte für das Thema zu sensibilisieren, hat der Verein Filme, Seminarmaterialien und Präsentationen erstellt. Mit diesen Materialien ist es möglich, Kurzvorträge von 15 Minuten durchzuführen oder Seminare mit einer Dauer von 45 Minuten abzuhalten. Mehr Infos und die Bestelladresse finden Sie hier: *www.wo-bist-du-gerade.de*

Europäischer Gerichtshof (EuGH) kippt Pläne zur deutschen Pkw-Maut

„Ich bin froh, dass das Thema damit erst einmal abgehakt ist“

Der Europäische Gerichtshof ist überraschenderweise nicht der Einschätzung seines Generalanwalts gefolgt und hat die Pläne zur deutschen Maut für EU-rechtswidrig erklärt.

Ich habe es erwartet, denn das Gesetz ist mit populistischer Absicht dilettantisch gemacht! Diese, meine Meinung kennen Sie aus früheren Infobriefen! Die geplante Abgabe ist diskriminierend gegenüber Autofahrern aus anderen EU-Ländern, so die Luxemburger Richter. Damit ist das deutsche (Vignetten-)Modell der Straßennutzungsgebühren vom Tisch. Zum Glück, sage ich da nur! Denn wir EU-Parlamentarier haben uns vergangenes Jahr für eine kilometerabhängige Pkw-Maut ausgesprochen. Spätestens dann, wenn die EU-weiten Regeln in Kraft treten, wäre die deutsche Maut demnach hinfällig (oder müsste überarbeitet werden).

Der Bundestag hat die Mautgesetze 2015 beschlossen. Sie werden bisher nicht angewendet. Die EU-Kommission hatte von Anfang an Bedenken, dass die Einführung einer Pkw-Maut und die gleichzeitige Entlastung der deutschen Autofahrer über eine Senkung der Kfz-Steuer nicht mit EU-Recht vereinbar ist. Die Kopplung ist der Knackpunkt! Die Kommission ließ sich dann zwar von einem leicht geänderten Modell überzeugen, aber Österreich zog trotzdem vor den EuGH. Mit Erfolg, wie sich herausgestellt hat.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum ich froh bin, dass dieses Thema erst einmal abgehakt ist: Für mich stellt sich die Frage, ob ein nationales Mautsystem überhaupt noch zeitgemäß ist. Es gibt mittlerweile über 20 unterschiedliche Mautsysteme in der EU. Dieser Flickenteppich an nationalen und regionalen Lösungen ist ein echtes Mobilitätshemmnis. Auf der einen Seite haben wir die Schranken im europäischen Personenverkehr längst abgebaut, auf der anderen Seite errichten wir so nach und nach wieder welche, wenn auch andere.

Ich bin zuversichtlich, dass sich bald die vernünftigste Lösung – nämlich ein europaweit einheitliches Mautsystem – durchsetzen wird. Ein erster Schritt dazu ist bereits getan: Der von mir maßgeblich gestaltete Richtlinien-Entwurf sieht vor, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die bereits Maut erheben oder einführen wollen, sie ab 2023 für Lkw und Busse sowie ab 2026 für Pkw und Motorräder entfernungsabhängig machen. Meiner Meinung nach spiegeln zeitabhängige Straßengebühren (Vignetten) nicht die tatsächliche Nutzung wider. Zwar werden keine Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, eine Maut einzuführen, aber diejenigen, die es tun, müssten sich an die Vorgaben der neuen Richtlinie halten. Zudem sollen die Gebühren nach dem Schadstoffausstoß gestaffelt werden und die Einnahmen wieder in Verkehrsprojekte zurückfließen (statt nationale Haushaltslücken damit zu stopfen). Staugebühren, wie sie vor allem von Linken und Grünen gefordert wurden, haben wir eine klare Absage erteilt. Leute, die im Stau stehen, sind schon genug gestraft. Sie dafür auch noch extra zur Kasse zu bitten, wäre reine Abzocke!

Unser Entwurf setzt übrigens auch Grenzen für kurzfristige Gebühren, die den Fahrern auferlegt werden können. So soll eine faire Behandlung von Gelegenheitsnutzern und von Fahrern aus anderen EU-Ländern gewährleistet werden, bis die Umstellung von zeit- auf entfernungsabhängige Gebühren erfolgt. „Vignetten“-Aufkleber sollten deshalb auch zwingend für kürzere Zeiträume von einem Tag und einer Woche erhältlich sein. Der Gesetzestext tritt in Kraft, wenn die zuständigen 28 nationalen Fachminister zugestimmt haben.

Schutz der EU-Außengrenzen: EU-Grenzwache nun auch in Albanien im Einsatz

Beim Schutz ihrer Außengrenzen arbeitet die EU jetzt auch mit ihren Nachbarn zusammen. Seit dem 22. Mai unterstützt die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache die Beamten in Albanien bei der Überwachung der Grenze zum EU-Mitgliedstaat Griechenland. Die Agentur entsendet aus zwölf EU-Mitgliedstaaten (darunter auch Deutschland) 50 Bedienstete, 16 Patrouillenfahrzeuge und einen Wagen mit Wärmebildkamera, um Albanien bei den Grenzkontrollen zu unterstützen. Albanien bleibt aber selbst für den Schutz seiner Grenzen verantwortlich, die albanischen und griechischen Behörden haben der Zusammenarbeit uneingeschränkt zugestimmt.

Abschiedsbesuch beim Landesverband des ACE (Automobil Club Europa)

Vertrauensvolle Zusammenarbeit seit über 20 Jahren

Es war mein letztes Treffen als Europaabgeordneter mit dem Thüringer Automobil Club Europa (ACE), aber ganz bestimmt nicht mein letztes als Vertreter des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) und auch des ETSC (Europäischer Verkehrssicherheitsrat).

Seit über 20 Jahren arbeite ich mit dem Verein, der seinen Sitz in Breternitz hat, vertrauensvoll zusammen. Ich schätze die Meinung und die Expertise des ACE bei Alltagsfragen rund um das Thema Sicherheit auf der Straße sehr. Wann immer ich eine faire und objektive Informationsquelle brauchte, standen mir die Mitglieder des ACE zur Verfügung. Wir haben zudem viele gemeinsame Projekte ins Rollen gebracht, wie beispielsweise das Fahrsicherheitstraining für Senioren, die Initiative „Begleitetes Fahren mit 17“ oder die Aktion „Goodbye Eltern-Taxi“, die das Verhalten von Eltern und Schülern in der morgendlichen Verkehrssituation kritisch unter die Lupe genommen hat. Beim Treffen in Breternitz habe ich einen Rückblick zu meinen Erfolgen in der europäischen Verkehrssicherheitspolitik gehalten. Der Kreisvorsitzende des ACE, Klaus Hollmann (Foto), erinnerte an die vielfältigen Treffen, Beratungen, Abstimmungen und gemeinsamen Aktionen. Mit auf der Veranstaltung war auch der Landtagsabgeordnete Maik Kowallek, der mir ebenfalls für die erfolgreiche Zusammenarbeit dankte.

Deutscher evangelischer Kirchentag 2019 unter dem Motto „Digitalisierung – Vertrauen in die Zukunft“

„Wie verlogen ist diese Welt eigentlich geworden?“

Auf dem Kirchentag 2019 in Dortmund verlangt Frank-Walter Steinmeier klare Regeln für die digitale Welt. Auch im Netz müssten Gesetze gelten, so der Sozialdemokrat.

Schön, genau das wollten wir mit der EU-Urheberrechtsreform (Stichwort Artikel 13) erreichen. Sie erinnern sich? Hiergegen ist die SPD massiv wahlkampfmäßig vorgegangen. Die Justizministerin (Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl) stimmte dem Ganzen in Brüssel zu, polemisierte aber in Deutschland dagegen. Die SPD sprach von der Zerstörung des Internets durch die CDU und bekam Beifall von vielen Bürgern, vor allem von Jugendlichen. Die SPD forcierte sogar Aktionen wie „Nie wieder CDU!“.

Und jetzt fordert Steinmeier solche Regelungen?! Sind die sich für nichts zu schade? Wo bleibt hier der Anstand? Wissen die eigentlich noch, wo sie leben – und wie sehr sie durch das Hin und Her der Demokratie schaden? Wollen sie die Bevölkerung für dumm verkaufen? Und weil wir gerade dabei sind: Haben Sie in der heißen Phase vielleicht irgendetwas zum Thema „Urheberschutz, Digitalisierung, Vertrauen in die Zukunft“ von den Kirchen gehört? Ich nicht. Sie haben uns von der CDU voll im Regen stehen lassen. Jetzt mischen sie sich ein und mahnen das an, was wir wollten und wofür wir vom „verführten“ Wähler bei den jüngsten Wahlen abgestraft wurden. Ich frage mich wirklich: Wie verlogen ist diese Welt eigentlich geworden?!

Service und Termine

★ Qualität von EU-Badegewässern online einsehbar

Wer in Deutschland an einer von fast 2.300 überwachten Badestellen ins Meer, einen See oder einen Fluss springen will, kann sich überdurchschnittlich häufig über eine ausgezeichnete Wasserqualität freuen. 92,7 Prozent der getesteten deutschen Badestellen wiesen in der Vorsaison beste Qualität auf, wie aus dem EU-Badegewässerbericht 2019 hervorgeht. Im EU-Durchschnitt lautete in knapp 85 Prozent der Fälle das Urteil „ausgezeichnet". Nur sechs Badestellen in Deutschland werden als mangelhaft eingestuft. Eine interaktive EU-weite Karte mit den Ergebnissen für die einzelnen Badestellen finden Sie hier: *https://www.eea.europa.eu/themes/water/interactive/bathing/state-of-bathing-waters*

★ Informationsveranstaltung Erasmus+

Sie möchten sich in europäischen Bildungsprojekten engagieren, wissen aber noch nicht, welche Möglichkeiten Ihnen das Programm Erasmus+ bietet? Bei einer kostenlosen Informationsveranstaltung der „Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung" am 7. November in Magdeburg erfahren Sie, wie das Programm aufgebaut ist und welche konkreten Fördermöglichkeiten es in der Berufs- und Erwachsenenbildung gibt. Mehr Infos unter: *https://bit.ly/2K0fTG7*

★ Infoveranstaltung zu drei EU-Programmen

Wie kann transnationale Projektzusammenarbeit zwischen Kommunen, Kultureinrichtungen und Hochschulen aussehen? Welche Möglichkeiten der EU-Förderung gibt es für grenzübergreifende Kooperationsprojekte? Eine Informationsveranstaltung am 3. September in Hannover, die in Zusammenarbeit mit der NKS Gesellschaft (Nationale Kontaktstelle zum EU-Programm Horizont 2020), dem Creative Europe Desk Kultur (Nationale Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU) sowie der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger" angeboten wird, möchte Antworten auf diese Fragen und Einblicke in die drei genannten Programme geben. Angesprochen sind sowohl Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kommunen, Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen als auch Kunst-, Kultur- und Medienschaffende, die in europäischen Kooperationen und Partnerschaften arbeiten (möchten). Mehr Infos unter: *https://kontaktstelle-efbb.de/index.php?id=20#c60*

★ Webinar „ABC der Antragstellung"

Um allen Wissenschaftlerinnen, die Informationen zur Antragstellung in Horizont 2020 suchen, ein niedrigschwelliges Angebot zu machen, führt die „Kontaktstelle Frauen in die EU-Forschung" (FiF) am 27. Juni ein einstündiges Webinar durch. Das Webinar richtet sich an potenzielle Antragstellerinnen in allen Bereichen von Horizont 2020. Es werden Informationen zur Struktur des Antrags vermittelt sowie Hinweise und Tipps zur Antragstellung gegeben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Verbundprojekten. Weitere Informationen und Anmeldung unter: *https://bit.ly/2WO7GXC*

★ Kulturförderung – Portal

Das neue Info-Portal „Europa fördert Kultur" bietet auf einen Blick alle Kontakte für die Kulturförderung. Das in Zusammenarbeit von Österreich und Deutschland erstellte Kooperationsprojekt informiert über alle einschlägigen Förderprogramme der EU. Das sind etwa 20 Programme, die neben dem (Haupt-)Programm „Kreatives Europa" auch für kulturelle Vorhaben relevant sind. Das Portal bietet kurze Beschreibungen der einzelnen Programme, Teilnahmebedingungen, Kontakt- und Beratungsadressen, Projektbeispiele, Dokumente, allgemeine Informationen und nützliche Links. Es richtet sich unter anderem an Kommunen und regionale Behörden sowie Unternehmen aus den Bereichen Kulturwirtschaft, Medien und Bildung. Hier geht's zum Portal: *https://bit.ly/2Hnqes9*

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU